

Kanzleramt umzingelt

Kämpfen lohnt sich: Charité-Vorstand und Gewerkschaft einigen sich auf Mindestpersonalbesetzung. Über 32.000 Postler streiken weiter

Simon Zeise

Das Motto von ver.di lautet: »Gemeinsam sind wir stark.« Am Donnerstag zogen etwa 2.500 Beschäftigte von Charité und Post in Berlin zusammen vor das Bundeskanzleramt.

Am Mittwoch abend war es in den Verhandlungen zwischen ver.di und dem Vorstand der Charité zum Durchbruch gekommen. Die Tarifparteien einigten sich auf ein Eckpunktepapier für einen Tarifvertrag »Gesundheit und Demographie«. Die Gewerkschaft setzt ihren zehn Tage andauernden Streik ab dem heutigen Freitag aus. Der Krankenhausbetrieb wird vollständig mit dem Frühdienst wiederaufgenommen. Am Donnerstag zog es aber erst noch etwa 500 von ihnen zur Demonstration.

Die Eckpunkte beinhalten Regelungen zur Reduzierung der Arbeitsbelastung in allen Bereichen. Fortan sollen Mindestbesetzungsstandards gelten. Für die Intensivstation fordert ver.di beispielsweise einen Betreuungsschlüssel zwischen Pfleger und Patient von eins zu zwei – in der derzeitigen Praxis sind es je nach Station bis zu eins zu zwölf.

Es soll also mehr Personal eingestellt werden. Bisher hatte die Leitung der Charité dies als nicht finanzierbar dargestellt. Kalle Kunkel, zuständiger Gewerkschaftssekretär für die Charité, bewertete gegenüber *jW* am Rande der Demonstration das Eckpunktepapier als »sehr gutes Zeichen für die Beschäftigten«. Wenn der Charité-Vorstand bei diesen Versprechen bleibe, habe er tatsächlich einen »Richtungswechsel« vollzogen, indem er von seiner starren Verhandlungsposition abgerückt sei. Die schwierigen Verhandlungen hätten deutlich gemacht, dass weiterhin die Politik gefordert ist. »Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung und eine ausreichende Finanzierung des Personals in den Krankenhäusern«, erklärte Gewerkschaftssekretärin Meike Jäger in einer Pressemitteilung am Donnerstag.

Der Post-Vorstand hingegen lenkt immer noch nicht ein. Im dortigen Tarifkonflikt haben sich die Vertragsparteien darauf verständigt, die Verhandlungen am 3. Juli fortzusetzen. Auslöser ist der Bruch der Bestimmungen zum Schutz vor Fremdvergabe. Die Zustellung von Briefen und Paketen wird nach dem Willen des Post-Vorstands gegenwärtig in 49 Regionalgesellschaften ausgegliedert. Die neuen Firmen orientieren sich an den Tarifverträgen der Logistikbranche, die deutlich unter denen der Post liegen. Ver.di fordert, diesen Vertragsbruch zurückzunehmen. Außerdem streitet die Gewerkschaft für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich und 5,5 Prozent mehr Geld. Die Streikzahlen steigen täglich an. Bisher befinden sich 32.000 von insgesamt 140.000 tarifbeschäftigten Postlern im Ausstand. Dagegen kämpft das Unternehmen scheinbar mit allen Mitteln. Streikbrecher werden händeringend gesucht.

Die Gewerkschaft hatte dagegen vor dem Bonner Arbeitsgericht geklagt. Das Gericht hatte den Einsatz von Beamten als Streikbrecher Ende Mai für rechtmäßig erklärt, wenn er freiwillig erfolge. Nun legte ver.di aber in 22 Fällen eidesstattliche Versicherungen dafür vor, dass Beamte mit ihrem Einsatz nicht einverstanden waren und schriftlich widersprochen haben. Jedoch habe dies das Gericht nicht zweifelsfrei feststellen können. Es schlug zu dieser Frage einen Vergleich vor: Die Post solle demnach bis Ende September generell darauf verzichten, Beamte gegen ihren Willen als Brief- und Paketausträger einzusetzen. Die Unternehmenseite schlug das Angebot jedoch aus. Der Streik geht weiter.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-03/049.php>